



Rede zum Thema: Kinderrechte in und nach der Corona-Krise (19.06.2020)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die letzten Monate haben unseren Familien und Fachkräften einiges abverlangt, und wenn wir ganz ehrlich sind: zu viel abverlangt. Wer aber diese massiven Belastungen alleine auf die Coronapandemie schieben möchte, macht es sich, meiner Meinung nach, deutlich zu einfach. Vielmehr ist es doch so, dass die aktuelle Ausnahmesituation in den Kitas ein Schlaglicht auf die strukturellen Versäumnisse der Bundesregierung der letzten Jahre wirft. Ich muss mich an dieser Stelle leider zum x-ten Mal wiederholen – es ist auch gerade angesprochen worden – : Das schlecht gemachte Kitagesetz rächt sich jetzt. (Beifall bei der FDP sowie des Abg. Norbert Müller [Potsdam] [DIE LINKE]) Die in diesem Gesetz ermöglichten horrenden Fehlanreize – Stichwort: pauschale Beitragsbefreiung statt tatsächlicher Qualitätssteigerung – fallen uns besonders in der aktuellen Situation auf die Füße. Denn wenn Kitas wegen Personalmangels nur bedingt öffnen können, wenn dadurch die Betreuungsgruppen größer werden, dann ist das weder im Sinne des Gesundheitsschutzes unserer Kinder noch in deren Bildungsinteresse. Vielmehr ist es doch so, dass unsere Eltern und Kinder verlässliche und qualitativ hochwertige Betreuungsangebote brauchen. Genau da müsste seit Langem in diesem Land angesetzt werden. (Beifall bei der FDP) Besonders ernüchternd ist in diesem Zusammenhang, dass die Bundesregierung seit Jahren weiß, wie sehr auf Kante genäht die Arbeit in der frühkindlichen Bildung läuft. Sie weiß um den unverhältnismäßig hohen Krankenstand unter den Fachkräften, und sie weiß um deren kurze Verweildauer innerhalb des Jobs. Dies hat die Bundesregierung auch auf eine Vielzahl von Kleinen Anfragen bestätigt. Die spannende Frage ist jetzt natürlich: Welche Resultate, welche Schlussfolgerungen sind daraus gezogen worden, welche verbindlichen Maßnahmen wurden eigentlich unternommen? (Marcus Weinberg [Hamburg] [CDU/CSU]: Müssen Sie mal ins Grundgesetz schauen!) Nichts. Selbst der halbherzige Versuch einer Fachkräfteoffensive wird nun von der Bundesregierung eingestellt. Völlig unverständlich! (Norbert Müller [Potsdam] [DIE LINKE]: Ja!) Dabei wissen wir doch alle, wie wir die Rahmenbedingungen verbessern müssten, damit sich junge Menschen überhaupt einmal wieder für diesen wichtigen Job entscheiden. Erstens. Wir müssen endlich überall das Schulgeld abschaffen. (Beifall des Abg. Norbert Müller [Potsdam] [DIE LINKE]) Zweitens. Wir müssen die Ausbildung vergüten. Und drittens. Wir müssen die Ausbildung im gesamten Bundesgebiet auf eine einheitliche Basis stellen. (Beifall bei der FDP sowie des Abg. Norbert Müller [Potsdam] [DIE LINKE]) Darüber hinaus müssen wir dann im beruflichen Alltag die Rahmenbedingungen so verbessern, dass sich unsere Fachkräfte wieder vollumfänglich darauf konzentrieren können, warum sie sich diesen schönen Job überhaupt mal ausgesucht haben – und das ist die Arbeit mit unseren Kindern. Dafür müssen wir unsere Fachkräfte von Verwaltungstätigkeiten entlasten und eine funktionierende Fachberatung ermöglichen. Dafür brauchen wir multiprofessionelle Teams, die auch die Kitaleitung entlasten. Dafür brauchen wir ein breites Angebot von Fort- und Weiterbildung, damit eine berufliche Weiterentwicklung ermöglicht wird. So werde ich als angehende Fachkraft inhaltlich in meiner Ausbildung gefördert und erhalte auch Anerkennung in Form einer Vergütung. So mache ich klar: Auch wenn ich die Leitung einer Kita übernehmen möchte, kann ich trotzdem weiterhin pädagogisch arbeiten. So weiß ich auch als Assistenzkraft, dass ich über die Fort- und Weiterbildung Wege und Möglichkeiten habe, mich beruflich zu entwickeln. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir die Bildungschancen unserer Kinder ernst nehmen, dann müssen wir auch unsere Fachkräfte ernst nehmen. Die Versäumnisse der letzten Jahre werden nun unseren Eltern und Kindern als Rechnung präsentiert. Doch diese Rechnung geht nicht ausschließlich auf das Konto des Coronavirus. Einen großen Teil dieser Rechnung verdanken wir schlicht schlechter Regierungspolitik. Herzlichen Dank.